

Liebe Macher der Nachdenkseiten,

in die gleiche demagogische Kerbe wie die kürzlich u.a. auf Eurem Portal kommentierte *"Querfront-Studie"* schlägt die neue Ausgabe der über die *"Bundeszentrale für politische Bildung"* u.a. auch regelmäßig & flächendeckend an Politik- und Sowilehrer versandten Zeitschrift des *Deutschen Bundestages "Das Parlament 33-34"* zu Russland und dem Konflikt um die Ukraine. Wenn man bedenkt, dass dies das Selbstdarstellungsorgan des Deutschen Bundestages ist, kann einem angesichts der in der Summe demagogischen & kriegstreiberisch=propagandistischen Ausrichtung der dortigen Artikel in ihrer Darstellung eines großen Nachbarlandes von 145 Millionen Einwohnern, welches hier einhellig & ausschließlich als Hort der Finsternis gezeichnet wird, während alle anderen an diesem politischen Konflikt beteiligten Kräfte ohne Furcht & Tadel erscheinen, wirklich angst & bange werden.

Ein besonders erschreckendes Beispiel ist der Frontseitenartikel des Historikers *Gert Koenen* mit dem Titel *"Der Putin-Komplex"*: Bereits die obstinate Leugnung der maßgeblichen Rolle der US-Administration an diesem gefährlichen geopolitischen Konflikt erscheint symptomatisch. Wo Koenen jedoch im Einklang mit dem Mainstream die Weigerung kritischer Zeitgenossen, in diese Vogel-Strauss-Sicht der Ereignisse einzustimmen, als *'Anti Amerikanismus'* apostrophiert, wird's auch innenpolitisch ärgerlich. Es erscheint jedem wachen Politikbeobachter schon als unfreiwillige Satire, wenn jemand glaubt, die aktuelle Außenpolitik der USA unter Verweis auf den *"pazifistischen Obama"* zu charakterisieren. Auch ist es kaum noch als schlechter Scherz zu goutieren, wenn vulgärfreudianisch der geschichtliche begründete Einspruch deutscher Kritiker einer muskulär-militaristische Konfrontationspolitik gegen Russland als *'Stockholm-Syndrom'* diffamiert wird. Vollends böse aber wird's, wenn der Versuch unterschiedlicher Altpolitiker etablierter Parteien, den friedenspolitischen Status quo des Grundgesetzes zu erhalten, als die derzeit größte demokratische Binnengefährdung der Bundesrepublik Deutschland gezeichnet wird, indem deren gemeinsames Engagement ...

(u.a. durch den Aufruf *"Nicht in unserem Namen!"*) <http://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog>

... metaphorisch als **"eine weit ausgefächerte Querfront von Egon Bahr über den Strauß-Intimus Winfried Scharnagl bis zur Grünen Antje Vollmer"** dargestellt wird (- gewünschte Konnotation: Wer die bilateralen Beziehungen zu Russland grundgesetzkonform immer noch im Sinne der Brandtschen Ostpolitik ausrichten will, bereitet dem russischen Putin=Hitler ebenso den Weg wie der antirepublikanische Coup des Kabinetts Schleicher einst dem Gröfaz.)

Die hier kopierte & seit geraumer Zeit durch den Leitmediendiskurs

geisternde demagogische Verwendung der Vokabel "*Querfront*" (denn ein wirklicher Begriff ist hier schon lange nicht mehr beim Worte; als legitim wird schlichtweg jede Bezeichnung befunden, die den politischen Gegner unterhalb der Gürtellinie trifft), welche unter den Kombattanten der Diffamierungsfront ganz schwer *en vogue* ist, zieht jedem historisch auch nur halbwegs Gebildeten die Schuhe aus, wenn sie selbst in ein Parlamentsorgan Eingang findet. Denn die Politiker, von denen hier insinuiert wird, dass ihre Artikulation politischer Gemeinsamkeiten einen Grund biete, an ihrer Treue zum demokratischen Rechtsstaat zu zweifeln (denn der Terminus "*Querfront*" bezeichnet historisch ja nun mal den Versuch eines [zunächst missglückten] Putschversuchs gegen die Weimarer Republik), sind samt & sonders Mitglieder solcher Parteien, die auf Landes- & Bundesebene diverse Male bereits Regierungskoalitionen eingegangen sind.

Ich gestehe an dieser Stelle freimütig, dass ich als jemand, der sich links von der aktuellen SPD verortet & mich seit den 80er Jahren der Friedensbewegung verbunden fühle, vor der im Netz als pdf verlinkten engagierten verfassungsrechtlichen Rede des CSU-Politikers Peter Gauweiler vor der Bundeswehrakademie den Hut ziehe. Rückt dies etwa mich oder den Redner in die Nähe Kurt von Schleicher, nationalbolschewistischen Funktionären des ADGBs von 1932 oder den Anhängern Gregor Strassers? Absurder geht's nimmer!

Ich finde, angesichts eines solchen Absturzes des politischen Diskurses auf dieser Ebene sollte man "vernetzt" etwas unternehmen. Dass im Jahre 2015 die Ostpolitik Willy Brandts, der wir alle entscheidend den glimpflichen Ausgang des Kalten Krieges & die deutsche Wiedervereinigung verdanken, sich in einem Parlamentsorgan einer Diffamierung aussetzen lassen muss, als stünde sie im Konflikt zur verfassungsmäßigen Grundordnung dieses Landes, ist skandalös.

Falls gegen solche Demagogie kein Protest der Sozialdemokratischen Partei erfolgte, wäre dies in der Tat bezeichnend & wenig beruhigend.